

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 11

Artikel: Afghanistan : Politik am Abgrund
Autor: Sabur, Chodja
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160591>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

AFGHANISTAN — POLITIK AM ABGRUND

VON CHODJA SABUR

Versöhnung Afghanistan - Pakistan?

In das schrille Konzert der Zeitungsmeldungen, das sich um die Suezkrise und Syrien erhoben hat, mischen sich vom indischen Subkontinent her die bereits gewohnten Stimmen. Pakistan erklärt, Indien habe keinerlei Ursache, sich über Versklavung zu entrüsten, solange es sich selbst in Kaschmir einer Volksabstimmung widersetze, Indien jedoch klagt, Pakistans Politik sei zwiespältig, es betone seine Zugehörigkeit zur islamischen Welt, ohne jedoch gegenüber England die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Hingegen ist der ebenso vertraute Wechselgesang Afghanistan-Pakistan ziemlich verstummt. Es gibt augenblicklich keine Hinweise auf Gebietsforderungen Afghanistans, im Gegenteil, der afghanische Premier *Mohammad Daud Khan* traf Ende November 1956 zu einem Staatsbesuch in Karachi, der Hauptstadt Pakistans, ein. Am 1. Dezember wurde ein gemeinsames Kommuniqué herausgegeben, in dem auf die Herzlichkeit der Atmosphäre sowie auf die besondere Bedeutung dieses Besuches hingewiesen wurde. «Diese Besprechungen», so hiess es wörtlich, «haben im wesentlichen zu einem besseren Verständnis der Ansichten beider Parteien in der Pashtoonistanfrage beigetragen». Außerdem nahm der pakistanische Ministerpräsident *Surawardy* eine Einladung des afghanischen Premiers zum Besuch Afghanistans an. Das ist um so bemerkenswerter, als bisher doch Afghanistan keine Gelegenheit vorbeigehen ließ, um dem vielgeprüften jungen Pakistan seine Ansprüche auf eben dieses «Pashtoonistan» zu präsentieren, d. h. praktisch auf die ganze ehemalige Nordwestprovinz mit Peshawar, das ja auch tatsächlich zum allergrößten Teil von Pathanen bewohnt wird, dem gleichen Volk, das in Afghanistan die staatliche Macht trägt und die Dynastie stellt. Diese Forderung war seit der Teilung Indiens 1947 auf der Tagesordnung, sie schließt in sich, daß Pakistan nicht als Rechtsnachfolger Englands angesehen wird, an das die gesamte Westhälfte des Pathanengebiets in harten Kämpfen verloren ging. Was steckt hinter dieser plötzlichen, geradezu überraschenden Zurückhaltung?

Es ist klar ersichtlich, besonders unter Berücksichtigung gleichzeitiger Äußerungen Nehrus, daß hinter dieser Tatsache der Schrecken vor der Machtstellung Rußlands im Vorderen Orient steht, jener Machtstellung, die sich so plötzlich bei den Vorgängen in Ägypten, aber auch in Syrien und Irak erwiesen hat. Afghanistan hat nämlich mit Rußland eine Freundschaftspolitik getrieben, deren ganze Gefahr nunmehr klar

in Erscheinung getreten ist. Es ist ein ausgesprochen gefährlicher «Flirt», den sich der afghanische Premierminister, Mohammad Daud Khan, in allerjüngster Zeit geleistet hat.

Die Entwicklung der russisch-afghanischen Beziehungen

Afghanistan besitzt gegenüber der Sowjetunion eine außerordentlich günstige Grenzziehung. Seine Posten stehen am Amu Darja, dem Oxus der alten Geschichte. Damit beherrscht es die reichen Oasen am Südrand Turkestans, ohne die heute eine Versorgung der Städte, vor allem mit Reis, undenkbar wäre. Diese Grenze dankt es freilich ganz allein England, das einen soliden Pufferstaat vor dem Khyberpaß schaffen wollte (nachdem die ursprünglichen britischen Eroberungspläne am Heldenmut der Pathanen gescheitert waren). Solange man England als Garantiemacht im Rücken hatte, waren denn auch die Beziehungen zu Rußland relativ unproblematisch. Es kam lediglich auf ein geschicktes und vorsichtiges Lavieren zwischen beiden Mächten an. Sowjetrußland erklärte sich sogar 1921 bereit, den Afghanen den Weiterbestand von Chiva und Buchara zu garantieren, zweier islamischer Fürstentümer innerhalb der sowjetischen Besitzungen, ein Versprechen, das es freilich in der Folgezeit nicht gehalten hat.

Dieses Gleichgewichtsverhältnis wurde durch die Teilung Indiens völlig gestört, allerdings ohne daß die Sowjetunion irgendeine aggressive Konsequenz daraus gezogen hätte. Im Gegenteil, sie leistete bald eine allerdings nicht sehr umfangreiche, technische Hilfe, die für Afghanistan wertvoll war, weil die gelieferten Produkte in der Regel weit besser den Bedürfnissen entsprachen als Importe aus der westlichen Welt. Russische Autos z. B. sind miserablen Wegverhältnissen angepaßt. Die russische Hilfe spielte sich manchmal in merkwürdigen Formen ab. So arbeiteten etwa bei der Asphaltierung von den Straßen Kabuls russische und westdeutsche Techniker einträchtig zusammen.

In der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gab es einen wilden Ruck nach vorn, als im Herbst 1956 der Sammetpfötchenkurs in Rußland modern wurde und bald hernach Chruschtschew und Bulganin in Kabul eintrafen, wo sie von einer Ehrenkompagnie mit deutschen Stahlhelmen (!) begrüßt wurden. Sie ließen sich jedenfalls nichts anmerken, sondern schenkten Kabul ein ganzes Krankenhaus; dies wurde von der bisher westlich eingestellten afghanischen Ärzteswelt mit durchaus gemischten Gefühlen aufgenommen. Vor allem aber brachten sie im Dezember 1955 das Angebot einer 100-Millionen-Dollaranleihe zu außerordentlich günstigen Bedingungen (Verzinsung 2%, rückzahlbar in etwa 30 Jahren, die ersten Raten erst nach einigen Jahren beginnend).

Die Bedeutung dieser Anleihe für die afghanische Volkswirtschaft ist

von Hamilton Fish Armstrong, Herausgeber der Vierteljahresschrift «Foreign Affairs», in der Julinummer 1956 analysiert worden. Er stellt fest, daß sich die eingesetzte Summe durch Transport und Montagespesen für die zu liefernden Werke sowie Aufwendungen für das technische Personal auf etwa 240 Millionen Dollar erhöhen dürfte. Das wäre nun für ein westliches Land nicht entscheidend, wohl aber ist es ein überdimensionaler Brocken für Afghanistan, dessen Staatsbudget sich in der bescheidenen Höhe von 25 Millionen Dollar pro Jahr zu halten pflegt, das heißt etwa ein Fünfzigstel des Budgets eines europäischen Kleinstaates, z. B. Österreichs. Daraus ergibt sich, daß die Sowjetunion das Zehnfache des afghanischen Staatsbudgets zur Verfügung stellen will, und Afghanistan damit in eine hoffnungslose Verschuldung gerät, ganz abgesehen davon, daß es schon bisher von Amerika 40 Millionen Dollar für Bewässerungsarbeiten im Helmandgebiet geborgt hat. Auch in Anbetracht der gewährten günstigen Rückzahlungs- und Verzinsungsbedingungen bedeutet der Moskau geschuldete Betrag, daß Afghanistan praktisch seine gesamten Ausfuhr Güter an die Sowjetunion abliefern müßte, daß ihm also für den Handel mit dem Westen keinerlei Gegenwert zur Verfügung stehen würde. Diese Entwicklung wird noch dadurch unterstrichen, daß Rußland bereit ist, Afghanistan, das immer Schwierigkeiten mit der pakistanisch kontrollierten Khyberroute hat, schon infolge der Spannung mit Pakistan, von Norden her Straßen und sonstige Verkehrsverbindungen auszubauen. Die bisher allein mögliche Landverbindung über den Khyberpaß soll nunmehr durch einen kombinierten Land- und Wasserweg von Nordwesten her, unter Verwendung des Amu Darja und des Aralsees, ersetzt werden.

Die sowjetische Luftverkehrsgesellschaft Aeroflot beteiligt sich an diesem Verkehrsdumping. Von Kabul nach Frankfurt a. M. (mit Zwischenlandungen in Taschkent, Moskau und Ostberlin) zahlt man halb soviel wie auf den westlichen Linien, nämlich nur 170.— \$! Es braucht nicht besonders gesagt werden, wie stark eine solche Verkehrsausrichtung auch das geistige Gesicht Afghanistans nach dem Norden wenden würde. Ebenso ist klar, daß diese Verkehrswege bei einem Krieg im Vorderen Orient die besten Vormarschlinien für die Rote Armee bilden würden.

Die Sowjetunion ist schließlich auch noch bereit, die Techniker für die zu gründenden Industrieunternehmen zu stellen. Das bedeutet fünfhundert oder tausend Spezialisten in allen lebenswichtigen Positionen.

Worauf spekuliert der afghanische Premier?

Man fragt sich natürlich, welche Überlegungen können afghanische Politiker dazu veranlaßt haben, ein solches zwar angenehmes, aber die

bisher so ängstlich behütete Unabhängigkeit des Landes gefährdendes Abkommen abzuschließen?

Jeder kleine Beamte in Kabul weiß darauf eine Antwort. Mohammad Daud Khan hat dieses Abkommen gewagt, weil er überzeugt ist, daß im Falle einer Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem großen sowjetischen Gläubiger Amerika rettend in die Bresche springen wird, bevor es eine völlige Auslieferung Afghanistans an den Gläubiger zuläßt. «Der Westen kann es sich gar nicht leisten, uns im Stich zu lassen.» Je mehr die Sowjetunion anbietet, desto mehr muß sich der Westen anstrengen, und das wird wieder für Rußland einen Anreiz bilden. Es gelte, die gegenwärtige Konjunktur auszunutzen. Außerdem brauche man nur das Ministerium zu liquidieren, um sich von überflüssigen Verpflichtungen zu befreien. Der Nachfolger könne sich ja darauf berufen, daß er das Abkommen nicht abgeschlossen habe. Vor der Rache des betrogenen Gläubigers sei man durch die eigene Tapferkeit und die Hilfe der freien Welt sicher.

Aus den Äußerungen Mohammad Daud Khans, die Armstrong zitiert, geht hervor, daß die Stimme des Mannes auf der Straße nur in Nuancen von der Auffassung Dauds selbst differiert. Auch er glaubte, ungefährdet eine Konjunktur ausnützen zu können, solange er nur im eigenen Hause sicher sei. Nicht ganz Kabul dachte freilich so. Große Teile der afghanischen Oberschicht reagierten auf das Abkommen mit einer Flucht in den Dollar, der augenblicklich auf dem freien Markt hinaufschleunigte.

Man kann sich nun vorstellen, wie das brutale Eingreifen Sowjetrußlands in Ungarn, seine aktive Politik in Ägypten und Syrien auf die Öffentlichkeit in Kabul gewirkt haben. Es zeigte sich hier mit voller Deutlichkeit, daß die wichtigste Voraussetzung für das Abkommen falsch gewesen war. Diese lag nämlich darin, daß die Sammetpfötchenpolitik Rußlands ernst gemeint und von Dauer sein könnte. Nur bei einem solchen vorsichtigen und auf lange Sicht operierenden Rußland konnte man sich eine solche Annäherung leisten. Diese Illusion ist nun jäh zerstorben, und damit ist den Afghanen plötzlich die Gefährlichkeit ihrer Situation zumindest vorübergehend bewußt geworden. In diesem Augenblick traten auch die afghanischen Angriffsabsichten gegenüber Pakistan vorübergehend in den Hintergrund. Freilich erhebt sich gleichzeitig die Frage, ob jetzt noch eine gründliche Neuorientierung der Politik erzielt werden könne? Wahrscheinlich kaum. Man kann vorsichtiger werden, aber man muß wohl oder übel in dem selbst gesponnenen Netz verharren.

Eigentliche Problematik der afghanischen Existenz

Es könnte also der Anschein erweckt werden, daß die afghanische Außenpolitik der letzten Jahre nichts anderes wäre als ein verwegenes

Vabanquespiel. Dem ist nun nicht so. Dahinter steckt auch ein echtes Problem, das im folgenden kurz skizziert werden soll:

Afghanistan, das auf einer Fläche, größer als das Deutschland von 1914, etwa 11 Millionen Einwohner beherbergt, ist ein Vielvölkerstaat. Die eigentlichen Afghanen oder Pathanen sind zwar zahlenmäßig die stärkste unter den ethnischen Gruppen, aber sie überwiegen nur im Süden und Westen des Landes. Die Städte sind meist in der Hand einer persisch sprechenden Bevölkerung, die ihnen ablehnend gegenübersteht. Die ernstesten Gegner aber sind Turkstämme, die den fruchtbaren Nordrand bewohnen, vor allem die Turkmenen und Usbeken. Das große Problem der Zukunft bilden die Hesarehs, ein Volk mit zwar persischer Sprache, aber von mongolischer Abstammung, welches das zentrale Hochland bewohnt und in Kabul das Proletariat stellt. Turkvölker, und noch mehr die Hesarehs, werden nun von der übrigen Bevölkerung systematisch benachteiligt. Dies zeigt sich besonders an den höheren Schulen, woselbst ein numerus clausus für sie besteht. Dabei ist ihnen bewußt, daß ihren Stammverwandten auf sowjetischem Gebiet eigene Republiken zugestanden wurden. Sie glauben daher, alle Ursache zu haben, über die Grenze nach Norden zu schießen. Einzelne Revolten, z. B. der Hesarehs, sind bereits vorgekommen und wurden mit Gewalt unterdrückt. Diese Tatsache gibt u. a. dem afghanischen Intellektuellen von heute das Gefühl, auf einem Vulkan zu sitzen. Die einzig natürliche und sinngemäße Reaktion kann nur sein, gegenüber dieser Bedrohung durch die Turkvölker die eigene völkische Basis zu verbreitern.

Eine solche Verbreiterung wäre gegeben, wenn es gelänge, jene Pathanenstämme in den afghanischen Staatsverband einzubeziehen, die seit Jahrzehnten unter englischer und nunmehr pakistanischer Herrschaft stehen. Die Behauptung, man wolle sie lediglich in einem eigenen Freistaat «Pashtoonistan» zusammenfassen, war zweifellos nie aufrichtig gemeint.

Aus solchen Überlegungen wurde die «Pashtoonistan»-Propaganda gestartet. Sie würde Afghanistan einen Volksgewinn von mindestens 7 Millionen Menschen bringen, davon in der Mehrzahl Pathanen, also das staatserhaltende Element.

Es ist eine Tatsache, daß die ganze Propaganda um «Pashtoonistan» wirkungslos verhallt ist. Einen offenen Krieg konnte man nicht vom Zaun brechen, vor allem nicht angesichts der Tatsache, daß die USA Pakistan — freilich zu einem anderen Zweck, nämlich gegen eine sowjetrussische Bedrohung — freigebig mit Panzern ausgestattet hat. Die zweite Möglichkeit, daß die in der pakistanischen Armee sehr zahlreichen, an entscheidender Stelle eingesetzten Soldaten und Offiziere pathanischer Herkunft meutern würden, trat nicht ein. Sie hielten treu an Pakistan fest und an seinen weit günstigeren Lebensbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten. Die Bezüge des durchschnittlichen afghanischen

Beamten und Offiziers sind nämlich gegenüber den pakistanischen mehr als bescheiden. Kein Wunder, bei dem verschwindend niedrigen Budget. Zudem sind die besten Posten in Afghanistan für Ausländer reserviert, ohne welche die schwache und unselbständige Wirtschaft vorläufig nicht auskommen kann. Kurz und gut, heute kann noch kein Mensch ehrlichen Herzens das Bedürfnis haben, pakistanische mit afghanischen Verhältnissen zu vertauschen.

Es gibt eine einzige Chance für Afghanistan, seine Anziehungskraft zu steigern, nämlich ein möglichst rascher und effektiver Ausbau der wirtschaftlichen Möglichkeiten, eine rasche Industrialisierung, so wie sie etwa in Kanada erfolgt ist. Diese Industrialisierung, die Afghanistan «schöner» und einladender machen könnte, ist aber nur dank ausländischen Krediten größten Ausmaßes zu erreichen, eben eine Anleihe, wie sie die Sowjetunion großzügig anbot.

So führte geradezu ein Teufelskreis nationaler Schwierigkeiten, die letztlich durch sowjetische Propaganda unter Turkvölkern und Mongolen ausgelöst wurden, zu dem äußersten Mittel: der Anleihe bei der Sowjetunion selbst.

Eines scheinen dabei die Afghanen vergessen zu haben: eine Industrialisierung wird zweifellos das Proletariat verstärken und aktivieren, eben jenes Proletariat, das hauptsächlich aus Türken und Mongolen besteht und schon heute eine Bedrohung der staatlichen Integrität des Landes bildet. So sehr auch die letzten desillusionierenden Ereignisse in Ungarn und im Vorderen Orient der sowjetischen Außenpolitik geschadet haben mögen — sie hat hier noch genügend Eisen im Feuer. Es wirkt fast wie ein Symbol, daß auch der afghanische König von der Sowjetunion bei der großen «Weihnachtsbescherung» 1955 mit einem Flugzeug beschenkt wurde. Er wird es noch brauchen, wenn er sich nicht rechtzeitig von der Politik seines Premiers, der übrigens sein engster Verwandter ist, distanziert und zur vorsichtigen Schaukelpolitik seiner Vorgänger zurückfindet!